



Seit vier Jahren informiert die Freie Dresdner Ratsdepesche regelmäßig über aktuelle stadtpolitische Themen. Nun halten Sie die erste Ausgabe der neuen, seit 4. September vereinigten FDP/FB-Fraktion (v.l.n.r. Dr. Thoralf Gebel, Holger Zastrow, Franz-Josef Fischer, Jens Genschmar) in den Händen. Diese ist übrigens auch mit einer eigenen Seite auf Facebook online. „Uns ist es wichtig, dass die Dresdner genau mitverfolgen können, welche Anträge wir im Stadtrat einbringen und für welche Belange wir uns konkret einsetzen“, so Holger Zastrow, Vorsitzender der FDP/FB-Fraktion. „Auch zu tagesaktuellen politischen Themen nehmen wir auf Facebook Stellung.“

Schauen Sie also am besten direkt einmal vorbei!



Symbolpolitik vor Sacharbeit

Linksgrüne Stadtratsmehrheit zeigt mit ersten Handlungen künftige Ausrichtung ihrer Politik auf

Seit September lenkt eine stabile linksgrüne Mehrheit, die schamlos ihre Klientel bedient und billige Symbolpolitik vor Sacharbeit stellt, die Geschicke Dresdens.

Vergrößerung der Ausschüsse

Gleich deren erste Entscheidung hatte es in sich. Mit der Änderung der Hauptsatzung wurden die Ausschüsse massiv vergrößert. „Das ist nichts anderes als die Erhöhung der Stadtratsentschädigung durch die Hintertür, jetzt machen 15 Stadträte die Arbeit, die früher elf erledigten“, erklärt FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. „Dabei hätte man die Ausschussgrößen ganz einfach so belassen können, wie sie sich seit Jahren bewährt haben.“ Trotz rechtlicher Bedenken zur Änderung der Hauptsatzung wurde dieser Beschluss durchgedrückt. Die Konsequenz: Die Rechtsaufsicht kassierte den ersten Versuch und der Stadtrat verlor einen ganzen Monat – in dem er sich nur mit sich selbst, statt dem

Treffen wichtiger Entscheidungen beschäftigte. Um trotz dieser Verzögerung den kommenden Doppelhaushalt 2015/16 noch in diesem Jahr zu beschließen, leistete sich Linksgrün gleich das nächste Kabinettsstück: Man strich einfach eine Lesung in der Haushaltsberatung. „Damit zeigen sie klar, dass sie an einer echten Haushaltsdiskussion kein Interesse haben. Das passt ins Bild der aktuellen rot-rot-grünen Symbolpolitik“, so Zastrow und spielt auf weitere Initiativen aus dem Lager von Linken, SPD und Grünen an.

Streichung verkaufsoffener Sonntage

Die Umbenennung des Ausländerbeirats in Integrationsbeirat ist dabei noch eine der harmlosen Taten. Mit der geplanten Streichung der verkaufsoffenen Sonntage 2015 schadet Linksgrün aber nicht nur dem gesamten Dresdner Einzelhandel und der Tourismusbranche, sondern auch den vielen Verkäufern und den Dresdnern selbst,

die nun nicht mehr sonntags einkaufen können – während das in Leipzig oder Chemnitz, ebenfalls unter einer linksgrünen Mehrheit, problemlos möglich ist.

Investorenfeindlich

Besonders dreist ist das Vorgehen beim Projekt Marina Garden in der Leipziger Vorstadt: Hier hat die neue linksgrüne Stadtratsmehrheit einen Antrag eingebracht,

der das geplante Bauvorhaben der Firma DresdenBau, dem der Stadtrat einst einstimmig zustimmte, unmöglich macht. Stattdessen soll das Privatgrundstück zur Nutzung für die Kultur- und Kreativwirtschaft erhalten bleiben – obwohl es bereits eine richterliche Anordnung gibt, dass die derzeitigen Nutzer vom Verein Freiraum Elbtal das Grundstück bis Jahresende verlassen müssen. „Hier wer-

den ganz klar die Interessen der eigenen Klientel bedient und über die der Grundstückseigentümer und Investoren gestellt. Das ist ein in der Dresdner Geschichte einmaliger Vorgang, der an die kalte Enteignung wie zu sozialistischen Zeiten erinnert“, bewertet Zastrow die Pläne, die das Eigentumsrecht mit Füßen treten. „Zudem verhindert Linksgrün damit den Bau von neuen Wohnungen.“



Aktuelle Planungen: So könnte das Projekt Marina Garden aussehen.

INHALT / SEITE 2

➤ Diskussion um Asylplätze

INHALT / SEITE 3

➤ Haushaltsentwurf 2015/2016

INHALT / SEITE 4

➤ Dresdens Brückenpläne

Transparenz ist ganz entscheidend

FDP/FB-Fraktion fordert umfangreiche Bürgerbeteiligung bei der aktuellen Diskussion um neue Asylplätze

Es kommt weder überraschend noch kurzfristig: Jeder, der in den vergangenen Monaten die Nachrichten verfolgt hat, wusste, dass das Thema steigender Asylbewerberzahlen auch auf Dresden zukommt. Die Unterbringung Asylsuchender ist eine städtische Pflichtaufgabe. Hier muss die Landeshauptstadt ganz klar – wie alle anderen Kommunen auch – ihren Beitrag leisten. Doch die Vorgehensweise von Sozialbürgermeister Martin Seidel und dem Dresdner Sozialamt stößt nicht nur bei FDP-Stadtrat Jens Genschmar, sondern offensichtlich auch bei vielen Bürgern auf Unverständnis.

„Gerade bei diesem sensiblen Thema, das jede Menge emotionales Potential birgt, ist es wichtig, eine offene und ehrliche Diskussion mit

Zahlen und Fakten zu den neu geplanten Asylplätzen

Knapp 2.000 Asylsuchende leben aktuell in Dresden. Das Rathaus rechnet damit, dass sich die Zahl bis Ende 2016 verdoppelt. Dresden muss dann rund 4.230 Plätze bereithalten.

1.300 zusätzliche Asylplätze sollen über die Anmietung von 220 Wohnungen entstehen.

Zudem sollen 14 neue Übergangswohnheime mit 939 zusätzlichen Plätzen bis Ende 2016 in Dresden entstehen. Zwei davon sind bereits in Nutzung, drei weitere sollen noch im Dezember in Betrieb genommen werden.

Sechs der 14 neuen Heime sind als Neubauten geplant. Die Investitionskosten betragen ca. 14,6 Mio. Euro. Hier hofft die Stadt auf Förderung durch den Freistaat, eine feste Zusage gibt es aber bisher noch nicht. Im Doppelhaushalt 2015/2016 ist dieser Betrag noch ebenfalls nicht berücksichtigt.

Für die restlichen acht Übergangswohnheime werden bestehende Gebäude angemietet. Zu den Kosten für die Anmietung dieser und der Wohnungen machte die Stadt noch keine Angaben.

den Bürgern zu führen und sie frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen“, macht Genschmar deutlich. Stattdessen übte sich

Bürgermeister Seidel wochenlang in Geheimniskrämerei, legte der Öffentlichkeit bis zur Pressekonferenz Ende Oktober keine Vorlage oder Standortübersicht vor und ließ lediglich über Facebook verlauten, dass seine Planung alternativlos sei.

„Alternativlos ist gar nichts und auch den Bürgern reicht diese Aussage nicht. Das haben die anschließenden Sitzungen in den Ortsbeiräten, an denen die Anwohner großes Interesse zeigten, verdeutlicht. Zum Teil gibt es sogar alternative Vorschläge aus den Reihen der Bürger“, so Genschmar. „Den allermeisten Betroffenen geht es nicht darum, die Asylbewerber nicht aufnehmen zu wollen, sondern um Antworten und die Umsetzung des städtischen Plans.“

Doch neben der Vorstellung von Bürgermeister Seidels Vorlage in den betroffenen Ortsbeiräten und einer Diskussion im Rahmen des „Runden Tisches Asyl“ hat die Stadt für einen direkten Bürgerdialog nur eine einzige zentrale, öffentliche Informationsveranstaltung geplant. Nachdem Jens Genschmar bereits vor der Veröffentlichung von Seidels Plänen eine aktive Bürgerbeteiligung angemahnt hatte, wiederholte er diese Forderung nach den Erfahrungen in den Ortsbeiratssitzungen daher noch einmal. „Eine einzige Dialogveranstaltung ist bei diesem Thema zu wenig. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anregungen der Bürger im Stadtratsbeschluss berücksichtigt werden“, verspricht Genschmar.

Behördenposse Gänsefuß: Schlaglochpiste mit Ansage



Dr. Thoralf Gebel auf dem aktuell noch intakten Gänsefuß. Das Bild rechts – die Zufahrt zum Schießplatz in Klotzsche – zeigt die Zukunft als geschlammten Weg.

Der Streit um den Gänsefuß in Langebrück nimmt immer groteskere Züge an. Zur Erinnerung: Die Stadt will die Straße, die ein beliebter Radweg durch die Heide ist, abtra-

gen und durch einen geschlammten Weg ersetzen. Dabei befindet sich der asphaltierte Weg in einem guten Zustand, soll nun aber als Ausgleichsfläche für andere Bau-

maßnahmen dienen. Nach Bekanntwerden der Pläne im Sommer liefen Radfahrer und Langebrücker gegen diese Verschwendung öffentlicher Mittel Sturm. Auch der Langebrücker FDP-Stadtrat Dr. Thoralf Gebel setzte sich vehement gegen die Umsetzung des Plans ein.

Trotzdem wollen Stadt und Sachsenforst daran festhalten, schlagen jedoch einen Kompromiss vor: Die Abtragung der Straße soll nicht zeitnah erfolgen, sondern erst wenn eine umfassende Sanierung des Gänsefußes notwendig ist. Indirekt heißt das, dass eine Instandhaltung des Weges zukünftig nicht mehr stattfinden soll. „Hier wird also eine Schlaglochpiste mit Ansage fabriziert, nur um anschließend eine Ausrede zu haben, einen aktuell gut erhaltenen Weg wegreißen

zu können“, ärgert sich Gebel über das beispiellose Vorgehen, das nach Schätzungen der Stadt der Rückbau 90.000 Euro kosten soll. „Gerade mit Blick auf die vielen Radfahrer ist das äußerst makaber. Man nimmt offensichtlich sogar Stürze aufgrund von Schlaglöchern und Schäden billigend in Kauf, nur um am Ende den eigenen Willen durchsetzen zu können.“

Die FDP/FB-Fraktion fordert daher ein klares Bekenntnis von Stadt und Sachsenforst zum Erhalt des Gänsefußes – inklusive Instandhaltungsmaßnahmen. Ein öffentlicher Weg darf nicht absichtlich dem Verfall preisgegeben werden. „Es gibt in Dresden geeignetere Möglichkeiten für Entsiegelungsflächen, als einen intakten Weg verfallen und abtragen zu lassen“, ist sich Gebel sicher.



KURZNACHRICHTEN

Überzogene Schallschutzaufgaben für Investoren am Dresdner Neumarkt

In naher Zukunft sollen die derzeit noch brachliegenden Quartiere VI, VII/1 und VII/2 am Neumarkt wieder aufgebaut werden. Doch die Investoren haben mit heftigen Bauauflagen der Stadt zu rechnen. Demnach dürfen die Bauherren nur mit einer Festverglasung entlang der Rosmariengasse, Schössergasse und teilweise der Galeriestraße bauen. Kein Fenster ließe sich dann an diesen Häuserseiten öffnen – etwas ansonsten völlig normales in jeder Wohnung. Weil Behörden und Stadtplaner rund um den Kulturpalast

beim Schallschutzkonzept gespart haben, müssen das nun die Investoren der drei Quartiere und mögliche Mieter ausbaden. Das OVG hat den B-Plan für das Quartier VI zwischenzeitlich gekippt. „Ich fordere die Oberbürgermeisterin und den Baubürgermeister auf, die städtischen Bürokraten einzubremsen. Wir sollten froh sein, dass Investoren bereit sind, den Neumarkt mit enormen Investitionen weiter zu gestalten und zu entwickeln. Solche Anliegen sind dann eher kontraproduktiv“, so FB-Stadtrat Franz-Josef Fischer.

Wohnungsbau in Dresden nimmt zu

Aktuelle Zahlen der kommunalen Statistikstelle über erteilte Baugenehmigungen für Neubauwohnungen zeigen, dass der Wohnungsbau in Dresden floriert. Wurden 2011 und 2012 noch rund 1.200 neue Wohnungen pro Jahr gebaut, waren es 2013 bereits über 1.900. Allein im ersten Halbjahr 2014 kamen in der Landeshauptstadt zudem über 1.350 weitere Wohneinheiten hinzu. Eine neue städtische Woba würde diese Bautätigkeit privater Investoren nur abwürgen.

Dresdner Bevölkerung wächst bis zum Jahr 2030 auf über 585.000

Erneut wurde die Bevölkerungsprognose für unsere Stadt nach oben korrigiert: 585.600 Einwohner soll es 2030 in Dresden nach neuesten Berechnungen geben. Die Stadt strahlt eine enorme Wachstumsdynamik aus. Genau deshalb warnt die FDP schon lange davor, die Verkehrsinfrastruktur zurückzubauen und einseitig nur den ÖPNV zu bevorzugen. Genau deshalb setzen wir uns für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ein, lehnen neue Belastungen wie die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer

sowie die Kurtaxe ab und wollen, dass die Stadt Investoren, gerade im Bereich Wohnungsbau, unbürokratisch unterstützt und schneller entscheidet. Und auch deshalb müssen wir die vorhandenen Mittel noch stärker auf den Bau und die Sanierung von Schulen und Kitas konzentrieren, anstatt sie für überdimensionierte Prestigeprojekte einzusetzen. Denn mehr Einwohner heißt mutmaßlich ein Mehrbedarf an Arbeitsplätzen, Schulen, Kitas, Versorgungsstrukturen und bedeutet mehr Verkehr.

Ab 2019 von der Hand in den Mund

Dresden drohen mit aktuellem Haushaltentwurf Neuverschuldung und Steuererhöhung durch Linksrün

Bis zum Jahr 2019 hat die Landeshauptstadt restlos alle Rücklagen aufgebraucht und muss bis dahin sogar ihre Anteile an der Verbundnetz-Gas-AG (VNG) verkaufen, um in den schwarzen Zahlen zu bleiben. Das ist das Ergebnis des aktuellen Haushaltsentwurfes der Stadtverwaltung für den kommenden Doppelhaushalt 2015/2016.

Damit ist Dresden 2019 zwar nicht gleich pleite, aber das Ende der großen Investitionsprogramme ist angebrochen. Die Stadt kann dann nur noch das Geld investieren, das sie tatsächlich aus dem laufenden Haushalt heraus erwirtschaftet – man wird also quasi von der Hand in den Mund leben müssen. Die städtischen Investitionen werden sich ab 2019 im Vergleich zu den Jahren 2015, 2016 und 2017 in etwa halbieren. Rücklagen für eine Wirtschaftskrise oder um auch kurzfristig auf Havarien, Naturkatastrophen oder den nächsten Kita-Engpass zu reagieren, wird es nicht mehr geben.

Dabei kann Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann nicht einmal etwas dafür, denn er hat genau wie die damalige FDP-Fraktion in den vergangenen Jahren immer vor genau dieser Entwicklung gewarnt. „Der aktuelle Haushalt ist nur die logische Konsequenz aus dem von CDU, SPD und Grünen beschlossenen Doppelhaushalt 2013/2014, der absolut alles den zwei Prestigeprojekten Kraftwerk Mitte und Kulturpalast untergeordnet hat“, bewertet der Vorsitzende der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow den vorgelegten Entwurf. Im vergangenen Haushalt wurden die beiden Kultur Großprojekte parallel begonnen und Tatsachen geschaffen – und zwar noch vor der Umsetzung des ambitionierten Investitionsprogramms für die Schulen. Diese beiden Projekte belasten den städtischen Haushalt auch weiterhin

enorm, von den Folgekosten der Einrichtungen ganz zu schweigen.

Mit Blick auf das enorme Wachstum Dresdens und den Titel deutsche Geburtenhauptstadt, den man seit 2009 ununterbrochen innehat, sollten die kommenden



Jahre richtigerweise ganz im Zeichen eines großangelegten Schulhausbauprogramms stehen. Diese Investitionen sind aus Sicht der FDP/FB-Fraktion richtig und auch dringend notwendig. Das Geld fehlt im Haushalt in Summe aber an allen Ecken und Enden. Zastrow kritisiert dabei, dass vor allem für den Werterhalt von Straßen, Rad- und Fußwegen, aber auch Spielplätzen oder Grünanlagen viel zu wenig Geld eingestellt ist und fordert Korrekturen für den Haus-

halt. „Wir können unsere Infrastruktur nicht einfach so verfallen lassen. Dabei muss beispielsweise auch für den Unterhalt der vielen neuen, mit Fördermitteln gebauten Spielplätze mehr Geld eingestellt werden.“ Aus Sicht der FDP/FB-Fraktion fehlen zudem viele

wichtige einzelne Projekte, wie beispielsweise die Erhöhung des Stadionzuschusses, der Anbau an die Margon-Arena, die Sanierung von Stauffenbergallee, Gerokstraße und Oskar-Seyffert-Straße oder Planungsmittel für die Sanierung des Fernsehturms und den Neubau einer neuen Mehrzweckhalle, um nur einige Projekte zu nennen.

Obwohl der Stadtrat sich zu Beginn der Legislatur sehr lange einfach mit sich selbst beschäftigt hat, war

es immer sein Ziel, den Haushalt noch in diesem Jahr zu beschließen, um die anstehenden Investitionen zügig beginnen zu können. Doch zeigt die Novembersteuerschätzung ein deutliches Minus für die Landeshauptstadt auf, die Entwicklung im Bereich Asyl hat Dresden eingeholt und die Kurtaxe ist wie erwartet für rechtswidrig erklärt worden (siehe Artikel rechts). Alles zusammen summieren sich die aktuell absehbaren Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen auf eine Größenordnung von 126 Millionen Euro. Angesichts dieser neuen Entwicklung dürfte ein Beschluss noch im Jahr 2014 eher unwahrscheinlich sein. „Mit den falschen Weichenstellungen aus dem vergangenen Doppelhaushalt, dem aktuellen konjunkturellen Schluckauf und den vielen teuren linksgrünen Wünschen, wie einer neuen Woba, drohen Dresden nun endgültig eine Neuverschuldung und massive Steuererhöhungen“, schätzt Zastrow die aktuelle Lage ein. „Wir als FDP/FB-Fraktion werden dort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen halten, denn beides kommt für uns nicht in Frage.“

Urteil zur Kurtaxe als Weckruf für die Stadt

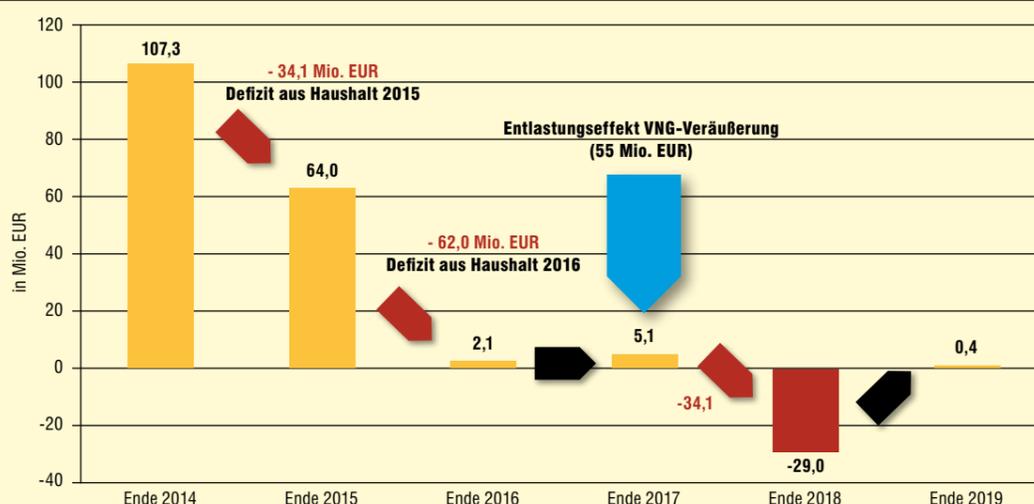
An dieser Stelle schließt sich ein Kreis: Im Januar hat sich die damalige FDP-Stadtratsfraktion in der ersten Ratsdepesche 2014 mit dem Artikel „Dresden ist kein Kurort“ gegen die Einführung der Kurtaxe ausgesprochen und ausführlich dargelegt, aus welchen Gründen man sie für einen Fehler hält.



Trotz aller Bedenken wurde die Kurtaxe trotzdem mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen beschlossen, um Haushaltslöcher zu stopfen und die Finanzierung der Prestigeprojekte Kulturpalast und Kulturkraftwerk Mitte zu sichern. Nun kassierte Schwarz-Rot-Grün die Quittung: Das Obergericht in Bautzen kippte die Kurtaxe mit einem Urteil im Oktober – damit fehlen Dresden in diesem Jahr rund 5,3 Millionen Euro im Haushalt und von 2015 bis 2019 sogar insgesamt etwa 34,5 Millionen Euro.

„Das Obergericht hat unsere Einschätzung bestätigt, dass Dresden kein Kurort ist und keine Kurtaxe oder Fremdenverkehrsabgabe erheben darf. Das Urteil ist eine Bauchlandung für CDU, SPD und Grüne erster Güte und muss endlich ein Weckruf an den gesamten Stadtrat sein. Immer neue Abgaben und kreative Finanzierungsideen sind keine Lösung von Problemen, sie schaffen nur immer neue“, sieht FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow die Position der alten und der neuen Fraktion bestätigt.

Entwicklung der „freien Rücklagen“ des Haushaltes (Liquiditätsreserve)



KURZNACHRICHTEN

Wir bleiben dran: Ringen um Dresdner Fernsehturm geht weiter

Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert wollte zusätzliche Mittel für die Sanierung des Fernsehturms in den neuen Haushalt einstellen lassen - vergeblich. Dabei ist der Fernsehturm für viele Dresdner genauso wichtig wie Staatsoperette oder T.J.G. Es ist eine Wunde der Stadt, dass dieser schon seit so vielen Jahren für die Dresdner und ihre Gäste geschlossen ist. Die FDP ist die einzige Partei, die sich immer wieder für den Fernsehturm stark macht und Vorschläge für eine Wiedereröffnung unterbreitet. Anfang

des Jahres brachte Holger Zastrow die sich in Gründung befindliche „Sächsische Identitätsstiftung“ des Freistaates als Mitfinanzierungsmöglichkeit ins Spiel und die FDP-Fraktion forderte per Antrag die Oberbürgermeisterin auf, endlich die Rahmenbedingungen für eine Sanierung zu klären. Leider fehlt uns beim Thema Fernsehturm regelmäßig die ehrliche Unterstützung anderer Fraktionen. Trotzdem bleiben wir dran! Und selbstverständlich unterstützen wir das Ansinnen unseres Bürgermeisters Dirk Hilbert.

Essenspreise in Kitas steigen

Schwarz-Rot wirkt. Der von CDU und SPD eingeführte gesetzliche Mindestlohn lässt die Preise klettern. Auf die Taxipreise folgen nun die Preise für das Mittagessen in den Dresdner Kitas. Zum 1. Januar müssen viele Anbieter aufgrund der neuen Gesetzeslage ihre Essenspreise in den Kitas teils um bis zu 20 Prozent erhöhen, wie eine Anfrage von FDP-Stadtrat Jens Genschmar ergab. Auch für die Eltern von Schulkindern gibt es keine besseren Neuigkeiten – ähnlich wie in den Kitas werden auch hier die Preise für die Mittagsversorgung steigen.

Dresden bewirbt sich als Kulturhauptstadt

Dresden bereitet eine Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt 2025 vor. Das hat der Stadtrat aufgrund zweier Initiativen von FDP und SPD im November beschlossen. „Wir sind sehr froh, dass diese Idee viele Anhänger gefunden hat. Wer gesehen hat, was z.B. Marseille im vergangenen und Riga in diesem Jahr als europäische Kulturhauptstädte gemacht haben, weiß, welch enormes Potential in so einem Titel steckt“, so Holger Zastrow. Jetzt heißt es, die Bewerbung mit Engagement und Ideen auszufüllen und die ganze Stadt „anzustecken“.

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Wir, die Stadträte und Mitarbeiter der FDP/FB-Fraktion, wünschen Ihnen, liebe Leser, und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr!



Dresden, deine Brücken

Waldschlößchenbrücke erfolgreich, aber abenteuerliche Pläne für Augustusbrücke und Blaues Wunder



Kaum ein anderes Thema führt in Dresden zu so vielen kontroversen Diskussionen wie die innerstädtischen Brücken. Während die Albertbrücke aufgrund von Baumaßnahmen derzeit nicht befahrbar ist, sorgen die Verkehrsströme auf drei anderen Brücken aktuell für Schlagzeilen:

Waldschlößchenbrücke

So ungern es die Brückengegner auch hören: Die Waldschlößchenbrücke – einst durch einen auf FDP-Initiative durchgeführten Bürgerentscheid mit fast 68 Prozent Zustimmung von den

Dresdnern beschlossen – kann ein Jahr nach ihrer Eröffnung als Erfolg verbucht werden. Das zeigen von der Stadt veröffentlichte Daten zur Wirksamkeit der Brücke. Wie erwartet hat die Waldschlößchenbrücke die anderen innerstädtischen Brücken spürbar entlastet und sich zudem zu einer der beliebtesten Radfahrstrecken der Stadt entwickelt. „Sie ist ein Beispiel für eine gelungene Investition in die städtische Infrastruktur, die allen Verkehrsteilnehmern hilft“, konstatiert Franz-Josef Fischer, stellvertretender Vorsitzender der FDP/FB-Fraktion, fordert aber zugleich:

„Nun muss endlich der komplette Verkehrszug Waldschlößchenbrücke fertiggestellt werden – von der Ampelschaltung an den Zu- und Abfahrten bis zur Holperpiste Stauffenbergallee-West gibt es hier noch viel zu tun. Erst dann kann eine vollständige Vorher-Nachher-Betrachtung durchgeführt werden.“

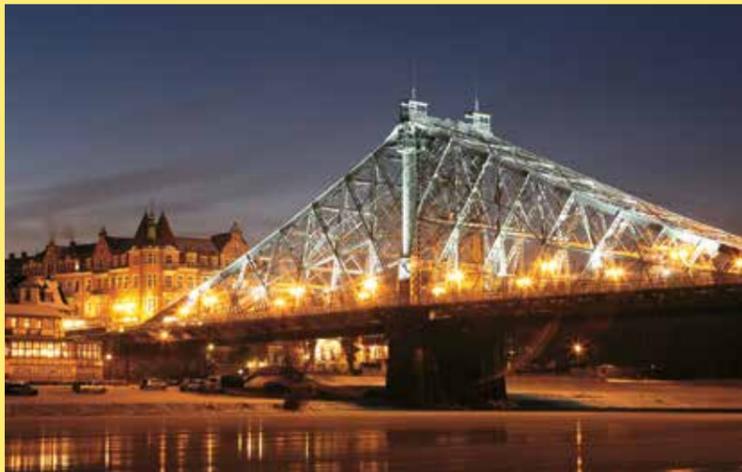
Augustusbrücke

Ende September haben die Grünen erneut ihre Vision von einer autofreien Augustusbrücke wiederholt – auch wenn allgemein bekannt ist, dass diese weder in ihrer Bauart noch in ihrer infrastrukturellen Be-

ohne eine deutliche Steigerung der Attraktivität der Neustädter Elbseite, zum Beispiel durch eine Aufwertung des Neustädter Marktes, die Schaffung einer östlichen Fußgängerüberquerung oder die Sanierung des Fußgängertunnels unter der Großen Meißner Straße sowie durch eine liberalere Einstellung der Stadt zu Straßenmusik und -händlern sind alle Mutmaßungen über die positiven Effekte einer Fußgängerbrücke völlig substanzlos.“

Blaues Wunder

Doch damit nicht genug. Nun rückt – nach einem Vorschlag von Schrift-



deutung der Prager Karlsbrücke, die die Grünen immer wieder zum Vergleich heranziehen, ähnelt. Während die Karlsbrücke mit einer Breite von zehn Metern eine eher kompakte und enge Fußgängerbrücke ist, fährt auf der bis zu 25 Meter breiten Augustusbrücke sogar eine Straßenbahn. Allein das nimmt ihr den verspieltromantischen Charakter. „Gern diskutieren wir über mehr Komfort für Fußgänger auf der Augustusbrücke. Denkbar ist, dass sich Individualverkehr und ÖPNV in Zukunft die Fahrspuren teilen, um mehr Raum für Fußgänger zu schaffen“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. „Aber

steller Uwe Tellkamp – auch noch ein autofreies Blaues Wunder in den Fokus der Brückengegner: „Dass ausgerechnet diese nun eine Brücke nach der anderen für den Individualverkehr sperren wollen, kann man nur als Retourkutsche für den positiven Bürgerentscheid zur Waldschlößchenbrücke sehen“, erklärt Zastrow. Dabei ist es absolut irreführend hierbei von einer Vision zu sprechen. „Schließlich weiß jeder Dresdner, dass auf lange Zeit kein Geld für den Bau einer neuen Brücke oder eines Tunnels als Ersatz für ein für den Autoverkehr gesperrtes Blaues Wunder zur Verfügung steht.“



Heute: Die Kubatur des Kreises

Der Dresdner Stadtrat beginnt nun endlich mit seiner Kernarbeit. Monatelang behinderte ein wütender Veränderungsrausch des linken Lagers jegliches vernünftiges Agieren.

Mir bleibt dadurch die Zeit, noch einmal auf meine Entscheidung, als Mitglied einer Wählervereinigung mit einer Partei zusammenzuarbeiten, zurückzukom-

men. Ein Scheitern der Bürgerfraktion hatte ich für unmöglich gehalten, aber nach der Wahl sah alles anders aus. Letztendlich entschied ich mich für eine Fraktionsbildung mit Stadtratsmitgliedern, die ich aus den vergangenen Jahren bestens kannte und deren Politikverständnis in vielen Punkten dem meinen entspricht. Viele meiner Mitstreiter von den Freien Bürgern akzeptierten meinen Schritt. Nur Herr Weller von der Sächsischen Zeitung kommentierte diesen abstrus. Erst nach Sondierungsgesprächen mit den Piraten hatte ich das Gespräch mit der FDP gesucht. Und gefunden. Die Freien Bürger verloren viele Stimmen bei der Kommunalwahl 2014. Wochenlang suchten wir nach den Ursachen des Scheiterns. Auch ich ging in Gedanken zurück: Vor 16 Jahren begann meine Suche nach politischer Mitgestaltung. Alle vorhandenen Wählervereinigungen

besuchte ich mit meinen Schülern, die Freien Bürger entsprachen am besten meinen Vorstellungen. Jedes Mitglied akzeptierte die Meinung des anderen, aber natürlich bewegte uns noch die Stimmung von 1989: nie wieder Links an die Macht. So waren wir schon bürgerlich und konservativ wahrzunehmen. Leider veränderte sich unsere Zusammensetzung. Die Meinung, jeder Bürger könne zu uns kommen, wenn er nicht einer Partei angehört, also „frei“ ist, setzte sich durch. So stießen auch Parteisolddaten zu uns, die ihren Frust abladen wollten. Unmut kam zudem auf, wenn Mitglieder als Ortsbeiräte ihre Stellungnahme abgaben, diese aber im Stadtrat nicht vertreten werden konnte. Entscheidungsbefugnisse direkt vor Ort, wie es zukünftig angeordnet ist, das könnte gut gehen. Gegen die „parteiähnliche“ Struktur des vor einem Jahr gegründeten Bündnisses Freie

Bürger hatte ich eine große Skepsis, aber die Prozentzahlen der vorletzten Wahl sprachen eindeutig dafür. Leider ging die Rechnung nicht auf.

Ich habe in den vergangenen Wochen erfahren dürfen, dass ich mit meinem Schritt in eine neue Fraktion wieder arbeitsfähig geworden bin, Baufragen und Kultur bleiben mein Metier, dazu die Arbeit im Bildungsausschuss. Die Zusammenarbeit mit Jens Genschmar, Dr. Thoralf Gebel und Holger Zastrow geschieht auf Augenhöhe und ist sehr effektiv. Ich arbeite mit hervorragenden Persönlichkeiten, das ist so enorm wichtig in der Politik. Das Parteiengetzänk kann ruhig vor der Tür bleiben.

Ihr

Franz-Josef Fischer

Dirk Hilbert tritt bei OB-Wahl an



Seit dem 17. November ist sicher, dass Oberbürgermeisterin Helma Orosz nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren und ihr Amt zum 28. Februar niederlegen wird. Interimsmäßig übernimmt dann bis zur Wahl im Juni 2015 Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) den OB-Posten. „Helma Orosz gehört unser Respekt und unser Dank für ihre geleistete Arbeit. Wir haben gut mit ihr zusammengearbeitet, auch wenn man politisch nicht immer einer Meinung war. Ich bin sicher, dass Dirk Hilbert in seiner Interimsaufgabe erneut hervorragende Arbeit leisten wird und wünsche mir, dass er dies auch darüber hinaus unter Beweis stellen darf“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow in Anspielung auf die Kandidatur Hilberts bei der kommenden OB-Wahl. Bereits im Sommer hatte dieser angekündigt, dass er seinen Hut als überparteilicher und unabhängiger Kandidat in den Ring werfen wolle, sollte Orosz nicht mehr antreten, und bestätigte das jetzt. „Natürlich werden wir seine sehr aussichtsreiche Kandidatur unterstützen“, unterstreicht Zastrow.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträtinnen Franz-Josef-Fischer, Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra
Gesamtherstellung: Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

Karsten Praube (S. 1, 4),
DresdenBau Projekt Marina City GmbH (S. 1),
Thomas Kippenberg (S. 2),
Michael Feindura (S. 3, 4), Tristan T. (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662